

Einleitung

Die Notwendigkeit globaler Politik

THOMAS FUES/JOCHEN HIPPLER

Globale Probleme lösen zu wollen, erfordert zunächst, sie als solche wahrzunehmen und zu akzeptieren. Darüber hinaus muss der Wunsch nach ihrer Überwindung bestehen, und es müssen Lösungswege zumindest denkbar sein. Zwischen der Erkenntnis weltweiter Probleme und dem globalen politischen Handeln liegt ein weiter Weg, dessen Beschreiten von Provinzialismus, Interessensunterschieden und machtpolitischen Verkrustungen erschwert wird. Globale Problemlösung ist eine höchst komplexe Angelegenheit, deren Voraussetzungen erst schrittweise geschaffen werden müssen.

Professor Franz Nuscheler, zu dessen Emeritierung diese Festschrift erscheint, hat globale Fragen ins Zentrum seiner gesamten wissenschaftlichen Arbeit gestellt. Das Weltproblem einer »Entwicklung« der Dritten Welt hat ihn nie losgelassen. Die Frage, wie Weltprobleme unter Globalisierungsbedingungen lösbar werden können, hat Franz Nuscheler insbesondere in den letzten Jahren stark beschäftigt. Die Suche nach einer Antwort führte ihn zu *Global Governance* – zu der Idee, globale Fragen mit Hilfe eines kooperativen Geflechts aus Staaten, internationalen Organisationen und Regimen sowie nicht-staatlichen Akteuren anzugehen.

Die Festschrift erscheint in einer kritischen Umbruchphase, in der die grundlegenden Überzeugungen des Jubilars auf dem Prüfstand der Weltgeschichte stehen. Zeit seines Lebens hat sich Franz Nuscheler als Wissenschaftler und Staatsbürger für eine globale Politik eingesetzt, die hohen normativen Ansprüchen genügt. Menschenrechte und Demokratie, Entwicklung und Frieden, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und kooperative Handlungsansätze in einer multipolaren Weltordnung markieren die Eckpunkte seines theoretischen Denkens und seines gesellschaftspolitischen Auftretens. Franz Nu-

scheler ist zutiefst davon überzeugt, dass die Bewältigung der globalen Herausforderungen nur durch eine kooperative und partizipative Politik gelingen kann, bei der die Interessen und Sichtweisen aller Weltregionen, Kulturen und Religionen angemessen berücksichtigt werden. Ihn beflügelt die Hoffnung, dass die Menschheit trotz mannigfacher Gegensätze und Konfliktslagen zu von Vernunft geleiteten Lösungswegen für gemeinsame Überlebensfragen findet. Seine Argumente bauen darauf, dass Nord und Süd ihr verbindendes Interesse an einer Überwindung destruktiver globaler Prozesse erkennen und angesichts der existenziellen Bedrohung zu einem fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich bereit sind. Mit dieser Weltsicht steht er nicht allein, wie die enorme Resonanz auf die von ihm im deutschen Sprachraum maßgeblich vorangebrachte Debatte zu Global Governance zeigt.

Aber die aktuelle Entwicklung der Weltpolitik scheint sich immer weiter von dieser Vision zu entfernen. Der Krieg gegen den Irak hat Fragen aufgeworfen, wie fest verankert und wie akzeptiert das Völkerrecht und die Vereinten Nationen in der Weltpolitik sind – zwei wichtige Pfeiler jeder Architektur von Global Governance. Das angesehene US-amerikanische *Worldwatch Institute* spricht in seinem neuen Jahresbericht davon, dass sich die Menschheit innerhalb einer Generation praktisch neu erfinden müsse, um die menschliche Zivilisation zu sichern. In den nächsten 20 bis 25 Jahren müssen danach Antworten auf den drohenden Klimakollaps gefunden werden, auf Hunger und Krankheiten im Süden – um nur einige der brisanten Weltprobleme herauszugreifen. Doch statt im Eiltempo den globalen Strukturwandel einzuleiten, beispielsweise im Rahmen einer Energiewende, wird die globale kooperative Politikgestaltung durch die Rückkehr des Krieges als selbstverständliches Mittel zur Durchsetzung von Nationalinteressen paralytisch. Die hegemonialen Absichten der US-Regierung kollidieren mit dem Ausbau und der Durchsetzung von globaler Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit. Das zeigt sich an vielen Konfliktfeldern der internationalen Politik, wie dem Klimaschutz, der Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs und der Rüstungskontrollpolitik.

In einem solchen politischen Umfeld werden viele Beobachter von Zweifeln am zivilisatorischen Fortschritt geplagt – an seinem Charak-

ter, an seiner Tiefe und daran, ob es sich überhaupt um Fortschritt handelt. Sie leiden an den unverkennbaren Rückschlägen kooperativer Politikmodelle und fragen sich, welche Basis es für partizipative Modelle von Global Governance in einer post-westfälischen Staatenordnung geben kann, in der gerade nicht das am Gemeinwohl orientierte Interesse einer globalen Zivilgesellschaft, sondern wieder verstärkt das militärische und ökonomische Dominanzstreben einzelner Nationalstaaten zum Tragen kommt. Franz Nuscheler und viele Wissenschaftler, Publizisten, Politiker und andere, die seine Arbeit mit Sympathie begleiten, erschrecken vor dem Gedanken, dass sie möglicherweise Illusionen und Wunschbildern einer besseren Welt aufgesessen sind. Verschiedene Beiträge in diesem Band behandeln deshalb die wachsende Kluft zwischen den normativen Global Governance-Konzepten und dem aktuellen Rückfall in eine anarchische, von Gewalt geprägte Staatenwelt.

Noch steht das Urteil der Geschichte über die Durchsetzungschancen von Global Governance aus. Noch ist nicht entschieden, ob die gegenwärtigen Rückschläge für eine kooperative Lösung von globalen Problemen vielleicht nur Teil einer historischen Pendelbewegung sind, dass also das Pendel in einigen Jahren wieder stärker in die Richtung globaler Perspektiven und von gemeinsamen Problemlösungen ausschlagen wird. Es gibt durchaus Hoffnungszeichen für die Möglichkeiten einer zivilen menschlichen Zukunft: Noch nie stand ein Krieg vor seinem tatsächlichen Beginn derart im Zentrum des globalen Diskurses. Die breite Ablehnung der militärischen Intervention durch die Öffentlichkeit in den meisten Ländern hat die Herausbildung der europäischen, aber auch der globalen Zivilgesellschaft beschleunigt. Und sie hat demonstriert, dass die Geltung des Völkerrechts inzwischen zu einem wichtigen Wert geworden ist – selbst wenn ein globaler Hegemon diesen Wert gebrochen hat. Neben der Hypermacht USA gibt es eine zweite Weltmacht, die Meinung der Weltöffentlichkeit, meint die *New York Times* warnend an die Adresse derjenigen, die die imperiale Vorherrschaft zum zentralen Ziel der US-Außenpolitik erklären.

Wir sehen derzeit drei Ansatzpunkte, um die Umsetzungschancen für eine partizipative Global Governance zu stärken. *Erstens* geht es

darum, das System der Vereinten Nationen und des Völkerrechts verteidigen, ausbauen und weiter entwickeln zu helfen. Einer weiteren Ignorierung, Instrumentalisierung und Aushöhlung des Völkerrechts sollte von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren entgegengetreten werden. Ein wichtiges Element zur Stärkung internationaler Regelungsmechanismen sind institutionelle Innovationen, beispielsweise die Weiterentwicklung des UN-Umweltprogramms in eine handlungsfähige, finanziell angemessen ausgestattete Umweltorganisation oder die Schaffung eines geographisch repräsentativen Steuerungsgremiums für die Weltwirtschaft unter dem Dach der UN analog zum Weltsicherheitsrat. Die deutsche und andere Regierungen sollten in ihren entsprechenden Bemühungen bestärkt werden. Für die Bearbeitung der globalen Probleme – für globale Strukturpolitik – muss im Bundeshaushalt mehr Geld als bisher zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft in erster Linie den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch die Transferleistungen der übrigen Ressorts. Auch die Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel, etwa durch die Einführung von Nutzungsentgelten für globale Gemeinschaftsgüter (Weltmeere und internationaler Luftraum) oder die so genannte Tobin-Steuer auf grenzüberschreitende Finanztransfers, ist eine notwendige Bedingung für eine verbesserte Problemlösungskompetenz der Vereinten Nationen. Möglich wird eine solche Politik der Stärkung internationaler Regelungsmechanismen auch dadurch, dass sich die strukturellen Bedingungen für globale Politiknetzwerke mit starker zivilgesellschaftlicher Komponente als Alternative zu intergouvernementalen Verhandlungsprozessen verbessert haben. Angesichts wachsender globaler Verflechtungen und wissenschaftlich-technischer Innovationssprünge (Internet, Email, mobile Telekommunikation, Satelliten-Fernsehen etc.) stoßen nationalstaatlich abgeschottete, hierarchische Steuerungsmuster rasch an objektive Grenzen.

Zweitens ist eine Führungsrolle der Europäischen Union bei der Errichtung einer kooperativen Weltordnung als Gegenentwurf zur US-amerikanischen Dominanz wünschbar. Die gegenwärtige Krise der EU-europäischen Außenpolitik kann auch als Chance begriffen werden. Es liegt nun zunächst am Verfassungskonvent der EU, die institu-

tionellen und programmatischen Voraussetzungen für ein pro-aktives Vorgehen zu schaffen. Der europäische Einfluss hängt dabei nicht maßgeblich von den militärischen Kapazitäten ab, auch wenn bei der Einhegung gewaltträchtiger Konflikte im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) oder der Vereinten Nationen auf eine militärische Beteiligung der EU nicht verzichtet werden kann. Entscheidend ist vielmehr, ob sich Europa das Vertrauen des Südens sowie zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure durch eine glaubwürdige Politik des Interessenausgleichs erwerben kann und ob es den Mut und die Fähigkeit entwickelt, eine eigenständige kooperative Politik auch gegen Widerstände der USA und anderer Staaten durchzuhalten.

Drittens ist eine Abkehr vom derzeit herrschenden neoliberalen Leitbild in der Wirtschafts- und Sozialpolitik dringlich. Nötig ist eine demokratische Steuerung der Globalisierung zur Verwirklichung von ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Zielen. Dabei spielen die Regierungen nach wie vor eine wichtige Rolle, aber alleine können sie diese Aufgabe nicht leisten. Wesentliche Erfolgsbedingungen sind die Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften in Nord und Süd. Dass die Hoffnung auf eine globale Realpolitik, die sich auf die Interessen der Gesellschaftswelt bezieht, auch angesichts des aktuellen hegemonialen Vormachtstrebens der USA und der Verweigerungshaltung zahlreicher Staaten gegenüber drängenden Weltproblemen kein idealistisches Wunschstreben ist, wird durch verschiedene Tendenzen untermauert. Als wichtige Triebkraft für eine kooperative internationale Ordnung können die normativen Verschiebungen in der Weltgesellschaft gelten. Die Weltkonferenzen der 1990er Jahre und ihre Folgeprozesse sind ein Indiz dafür, dass sich das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts immer stärker kosmopolitisch verdichtet und an einem universalen Gemeinwohl orientiert hat – eine Entwicklung, die nicht ohne Weiteres rückholbar sein dürfte.

Der Ausbau einer funktionierenden Architektur von Global Governance findet heute also unter erschwerten Bedingungen statt. Er bietet allerdings weiterhin eine Reihe konstruktiver und Erfolg versprechen-

der Ansatzpunkte, die nicht ungenutzt gelassen werden sollten. Viele von ihnen finden sich in den folgenden Beiträgen.

Diese Festschrift für Franz Nuscheler wäre – und als Herausgeber möchten wir uns herzlich dafür bedanken – ohne die engagierte Unterstützung der *Stiftung Entwicklung und Frieden*, Bonn, nicht möglich gewesen. Die Festschrift versammelt persönliche Betrachtungen und wissenschaftliche Beiträge von Autoren aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, von Kolleginnen und Kollegen, Schülern, Weggefährten, die bei allen Unterschieden der Biographien, der Arbeitsschwerpunkte, Sichtweisen und Interessen zweierlei teilen: eine hohe Wertschätzung der Arbeit und Persönlichkeit Franz Nuschelers und seine Auffassung, dass das Engagement für zivilisatorische Werte und globale Humanität kein Widerspruch zur Wissenschaft ist und sein darf, sondern dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Teil der Gesellschaft sind und der Gesellschaft gegenüber eine Verpflichtung haben.

Weltweite Probleme werden nur lösbar, wenn aus den lokalen und nationalen Gesellschaften heraus globale Lösungsperspektiven entwickelt werden und auf globale Politik gedrängt wird. Dazu hat Franz Nuscheler aktiv und mit Leidenschaft beigetragen. Und diese Aufgabe ist noch lange nicht erledigt – für ihn nicht und für uns alle nicht.